

Abgeordnete lehnen geplante Erhöhung der Sprechstundenzeiten ab

Bad Segeberg, 26.02.2018

Die Abgeordnetenversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein hat zu den Gesundheitsplänen einer möglichen Großen Koalition eine Resolution verabschiedet. Darin wehren sich die Abgeordneten gegen noch mehr staatliche Eingriffe in die Organisation der ambulanten medizinischen Versorgung.

Erneut würden die Weichen für mehr Staatseinfluss und mehr Regulierung in der Gesundheitsversorgung gestellt, heißt es in der Resolution. Die Abgeordnetenversammlung lehnt vor allem den Plan der möglichen Koalitionäre ab, das Sprechstundenangebot von 20 auf mindestens 25 Stunden in der Woche zu erhöhen. Dies sei keine reale Verbesserung der Versorgung, sondern nur Augenwischerei, da niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten ohnehin 50 Stunden und mehr pro Woche arbeiten. Eine Erhöhung der verbindlichen Praxisöffnungszeiten sei Ausdruck einer mangelnden Wertschätzung der Arbeit der 5.400 niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten in Schleswig-Holstein.

Außerdem kritisieren die Abgeordneten das Vorhaben, künftig die Landesregierungen bestimmen zu lassen, in welchen ländlichen Regionen Zulassungssperren für die Neuniederlassung von Ärzten und Psychotherapeuten aufgehoben werden sollen. Hier greife der Staat in Zuständigkeiten der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Psychotherapeuten und Krankenkassen ein und das Land würde finanzielle Folgen auslösen, die andere zu tragen hätten.

Eine starke Selbstverwaltung sichere seit Jahrzehnten eine hochwertige ambulante Versorgung. Dieses Erfolgsmodell auf Grundlage von Stimmungen und gefühlten Defiziten in Frage zu stellen, gefährdet nach Ansicht der Abgeordneten die Patientenversorgung. Der Staat müsse Zurückhaltung üben und der Selbstverwaltung wieder mehr Handlungsfreiheit einräumen, um die Versorgung aktiv zu gestalten. „Dann sind wir bereit, uns an den Ergebnissen messen zu lassen.“

Die Resolution ist als Anlage beigefügt. Sie finden Sie auch im Internet unter www.kvsh.de